



12. Dialogforum Airport Berlin Brandenburg am 8. Dezember 2014

Tagesordnungspunkt 4

Bericht der AG 1 „Interessenausgleich“

1. Veranstaltungsreihe des „Städtebaulich-planerischen Dialogs“

- Veranstaltungsreihe wurde mit 5 Veranstaltungen bisher seit 2012 mit wechselnden Themen (Auftaktveranstaltung zur Themenfindung, Wohnstandort Flughafenumfeld, Flughafenregion des BER formiert sich, Profile und Gemeinsamkeiten - Schritte zur Imagebildung, Zuhause am Flughafen - gemeinsam in die Zukunft) durchgeführt.
- Die letzte und 6. Veranstaltung der vertraglich gebundenen Reihe mit der Agentur JMP (Jahn, Mack und Partner) ist für den 3. Dezember 2014 zum Thema „Strategien für den städtebaulichen Lärmschutz – die Flughafenregion auf dem Weg zur Modellregion“ geplant.

Das Thema des Lärmschutzes - umsetzungsorientiert an der Modellregion Flughafen greift das Votum u. a. aus dem Salongespräch zur Ausstellungseröffnung am 7.7.14 auf, als Dialogforum in der Region aktiv zu bleiben und bewegt in der Flughafenregion Kommunen und Bürger in hohem Maße. Mit der Fortsetzung der Veranstaltung mit Workshopcharakter kann die öffentliche Wahrnehmung dieser Veranstaltungsreihe verstärkt werden. Vor allem aber soll sie Grundlagen für beabsichtigte Modellprojekte des baulich-gestalterischen Schallschutzes und deren Umsetzung legen. Ziel ist die Entwicklung innovativer Lösungen zum Lärmschutz (auch in Verbindung mit energetischer Sanierung) an öffentlichen Gebäuden und deren Außenbereichen und die Umsetzung an ausgewählten Objekten in der Flughafenregion, die durch Fördergelder des Landes Brandenburg in den nächsten vier Jahren im Abstimmung mit dem Dialogforum möglich gemacht werden könnten. Voraussetzung ist, dass die Kommunen bzw. Bezirke sich aktiv beteiligen.

- Zusätzlich wurde aus der Veranstaltungsreihe eine Ausstellung entwickelt, die als Wanderausstellung durch die Kommunen der Flughafenregion unterwegs ist und auch im Bürgerberatungszentrum in Schönefeld nach dessen Wiedereröffnung gezeigt werden wird. Orte und Zeiten sind unter „Aktuelles“ auf der Website des DF (www.dialogforum-ber.de) zu finden.

2. Fortsetzung der thematischen Dialogveranstaltungen

AG 1 votiert für die Fortsetzung der Dialogveranstaltungen zu allen möglichen Themen, die die Kommunen und Bürger in der Flughafenregion des BER interessieren und gleichzeitig helfen, ein gemeinsames Image für die Region zu entwickeln. Diese neue Veranstaltungsreihe soll mit 1 bis 2 Veranstaltungen jährlich in Eigenverantwortung des Dialogforums organisiert und betreut werden. Dafür sind personelle Kapazitäten und Mittel aus dem Budget des Dialogforums genauso notwendig, wie eine externe Unterstützung für den fachlich-sachlichen Input solcher Veranstaltungen.

Zu klären ist daher noch in der Arbeitsgruppe, wie die Themenfindung und Organisation der Veranstaltungen sichergestellt werden kann. Die Steuerungsrunde, die die bisherige Veranstaltungsreihe betreut hat, wird dafür auf alle Fälle auch weiterhin benötigt. Vor allem die kommunalen Vertreter werden dabei um aktive Mitarbeit gebeten.



12. Dialogforum Airport Berlin Brandenburg am 8. Dezember 2014

3. „BER Taler“

- Der Besuch der Vertreter aus der Region Schiphol Amsterdam im Juni 2014 in der AG 1 und AG 2 des Dialogforums hat einmal mehr verdeutlicht, dass durch die Verursacher des Fluglärms (Passagiere) ein Ausgleich in der Region anzustreben ist. Dafür, dass dieser s. g. „BER Taler“ am Flughafen BER mit dessen Eröffnung eingeführt wird, sprechen aus Sicht der Kommunen/Stadtbezirke wichtige Gründe.
- Durch die zusätzlichen Mittel wäre ein Nachteilsausgleich für Härtefallregelungen im Flughafenumfeld möglich. Auch die Suche nach Möglichkeiten der Finanzierung außerhalb der rechtlichen Gegebenheiten in Sachen Schallschutz oder die Absiedlung besonders belasteter Gebiete könnte unterstützt werden. Für weitere infrastrukturelle Maßnahmen im Flughafenumfeld könnten Mittel bereitgestellt werden. Siehe umfangreicher Katalog der GSK-Maßnahmen, die auf Finanzierung warten.
- Kommunale Mitglieder des Dialogforums streben keine zusätzliche Belastung des Flughafenbetreibers und dessen Gesellschafter an, sondern möchten, dass die Verursacher des Lärms, Airlines und damit die Passagiere direkt, z. B. mit einem ausgewiesenen Extraentgelt auf dem Flugticket, nach Vorbild der bereits bestehenden Steuer in Wien und Amsterdam belastet werden.

Daher ist durch die AG 1 auf höchster politischer Ebene eine Meinungsbildung anzustoßen, die das „Gesprächsfeld“ für einen BER Taler vorbereitet. Dies wird Geduld und Zeit erfordern, ist aber jetzt anzupacken.

Carl Ahlgrimm
Leiter der AG 1



12. Dialogforum Airport Berlin Brandenburg am 8. Dezember 2014

AG 1

Beschlussvorschlag:

„Das Dialogforum Airport Berlin Brandenburg nimmt zur Kenntnis, dass der Vorsitzende durch den Arbeitsausschuss des Dialogforums gebeten wurde, darauf hinzuwirken, dass auf politischer Ebene Gespräche einerseits mit den Gesellschaftern des Flughafens und andererseits mit allen politischen Verantwortungsträgern in Berlin, Brandenburg und auch dem Bund aufgenommen werden, um Möglichkeiten der Einführung eines s. g. „BER Talers“ nach Vorbild der Flughäfen in Amsterdam und Wien (Belastung geht zu Lasten der Passagiere/Airlines) auszuloten.“



12. Dialogforum Airport Berlin Brandenburg am 8. Dezember 2014

Tagesordnungspunkt 6

Bericht der AG 2 „Fluglärm“

1. Etablierung Schlichtungsstelle

Die AG 2 hat sich zu einem grundsätzlichen „Ja“ zur Schlichtung verständigt. Voraussetzung ist aber ein unabhängiges Gremium. Im Vorfeld der Schlichtung soll:

1. ein Rahmenkonzept erarbeitet werden, wie mit bestimmten häufig auftretenden Problemfällen bzw. Fehlerquellen im Rahmen der Umsetzung des Schallschutzprogrammes der FBB umgegangen wird. Dieses Konzept soll mit Vertretern der LuBB, MIL, der FBB, der Gesellschafter Berlin und Brandenburg, dem Bürgerberatungszentrum, dem Leiter der AG 2 des Dialogforums sowie Frau Dorn als Vertreterin der Bürgerinitiativen erarbeitet und abgestimmt werden.
2. im Rahmen der bereits stattfindenden und gegebenenfalls noch auszubauenden Bürgerberatung im Dialogforum soll in Zusammenarbeit mit dem Flughafen bereits eine umfassende Klärung von Problemlagen unter Beachtung geltender Vorschriften sowie des vorgenannten Konzeptes angestrebt werden.
3. weiterhin bestehende Probleme einem noch zu benennenden und einzusetzenden Schlichter mit der Bitte um Mitwirkung an einer Einigung zwischen Bürger und Flughafen vorgetragen werden. Dem Bürger steht es dann frei, an dieser Einigung mitzuwirken oder erforderlichenfalls den Rechtsweg zu beschreiten. Der Rechtsweg sollte nach Möglichkeit jedoch das äußerste Mittel zur Differenzbeilegung sein.
4. die Höhe einer Beteiligung der Antragsteller an den Kosten des Schlichters noch bestimmt werden.

Die Einrichtung der Schlichtungsmöglichkeit sollte so schnell wie möglich erfolgen.

Herr Lehmann wurde von der Unterarbeitsgruppe gebeten, diesen Vorschlag an die Geschäftsführung der FBB heranzutragen und dort eine Zustimmung, insbesondere zu einer Finanzierung des mit circa 3.000 Euro geschätzten monatlichen Mindestaufwandes einer solchen Schlichtungsstelle, zu erwirken.

2. Begleitung/Umsetzung Schallschutzprogramm FBB

Die Umsetzung des Schallschutzprogrammes verläuft nach wie vor sehr widersprüchlich. Wichtigster Konfliktpunkt ist die Frage der Meistbegünstigungsklausel aus der Prozessklärung vor dem Bundesverwaltungsgericht.

Argumente: „Meistbegünstigung“ kommunale Vertreter der AG 2

Die Prozessklärung wird so verstanden, dass die Schallschutzmaßnahmen für die „Altbetroffenen“ aus dem Planfeststellungsverfahren (geradeausführende Flugrouten) nicht vermindert werden dürfen. Keine Zusage in Kostenerstattungsvereinbarungen kann wieder aufgehoben werden.



12. Dialogforum Airport Berlin Brandenburg am 8. Dezember 2014

In der Praxis werden Anspruchsberechtigte bei höheren Schallschutzziele jedoch schlechter gestellt. Damit wird das Vertrauen in die FBB und die Genehmigungsbehörde weiter geschwächt. Wenn solche Versprechen gebrochen werden, kann man nicht von einem gutnachbarlichen Verhältnis sprechen, dem sich der Flughafen verpflichtet fühlt.

Argumente: „Meistbegünstigung“ Vertreter der FBB

Die FBB erklärt dagegen, sich strikt an die Vorgaben des OVG zu halten. Es gibt für die Vertreter der FBB keine „Schlechterstellung“, da die Fluglärmbelastung in diesen Gebieten der geradeausführenden Flugrouten nur eine hypothetische Fluglärmbelastung ist. Zudem wird nur über die Dimensionierung der Schallschutzmaßnahmen gesprochen und nicht über die Vollzugshinweise. Durch den Planfeststellungsbeschluss ist der Anspruch auf Schallschutzmaßnahmen festgestellt und durch die Prozessklärung aus 2012 aktualisiert. Die Schutzziele sind definiert, die FBB hält die Schallschutzziele sehr gut ein. Der Flugzeugmix und die Flugrouten sind dabei entsprechend definiert. Für die Vertreter der FBB ergeben sich keine Zweifel, wenn man den Planfeststellungsbeschluss und die dazugehörige vom MIL erlassene Verfahrensweise zugrunde legt, dass sich die FBB an die Vorgaben der Planfeststellungsbehörde zur Umsetzung des Schallschutzes hält.

Dieser Konflikt zwischen der FBB und den kommunalen Vertretern in der AG 2, dass Bürger nach der Aussage der kommunalen Vertreter durch die neuen Anspruchsberechtigungen schlechter gestellt werden, und damit die „Meistbegünstigungsklausel“ außer Kraft gesetzt wird, konnte in der AG 2 nicht gelöst werden. Daher muss dieser Konflikt auf politischer Ebene gelöst werden.

Zu den Problemen zählt,

- dass Ingenieurbüros Raumhöhen unter 2,47 m und Wohnküchengrößen (9,8 m²) wieder moniert hätten,
- dass bei der Aufnahme der Ansprüche für den baulichen Schallschutz Wohnräume teilweise nicht als solche anerkannt werden, weil sie angeblich nicht ausreichend belichtet sind oder sich nicht zum Aufenthalt eignen; (damit würde für die Bürger auch die Möglichkeit der KfW-Förderung entfallen);
- dass sehr oft fehlerhafte Unterlagen (Anspruchsberechtigungen) für die Ermittlung der Ansprüche beim baulichen Schallschutz, die an die betroffenen Bürger durch die FBB verschickt werden;
- dass die neuen Anspruchsermittlungen (ASE) sehr oft weniger bauliche Maßnahmen beinhalten, als bei den ersten Kostenerstattungsvereinbarungen (KEVs);
- dass die FBB bis zum 29.09.14 nicht alle Anspruchsberechtigungen (ASE) an die vom Fluglärm betroffenen Haushalte der südlichen Start- und Landebahn versandt hat, damit die Sanierung der Nordbahn im Frühjahr 2015 beginnen kann;

Seit Anfang September werden von der FBB erste Infoveranstaltungen für namentlich eingeladene Bürger zur Umsetzung der Schallschutzmaßnahmen mit den Ingenieurbüros, Baufirmen und der Handwerkskammer Cottbus durchgeführt.

Die Zahl der betroffenen Objekte, die eine Entschädigungszahlung erhalten werden, weil die 30 %ige Kappungsgrenze erreicht wird, ist bisher nicht so hoch, wie angenommen wurde. Die FBB berichtet, dass die Handwerkskammer Cottbus ihre Mitgliedsfirmen angeschrieben hat, um weitere Baufirmen zu finden, die an der Umsetzung des baulichen Schallschutzes mitarbeiten.



12. Dialogforum Airport Berlin Brandenburg am 8. Dezember 2014

Voraussetzung für weitere Firmen ist die Erfüllung der Standards, die die FBB für die Poolfirmen erarbeitet hat.

3. Gesamtlärbetrachtung

Die Gesamtlärmkartierung des MUGV stellt das Zusammenwirken von Lärm aus verschiedenen Lärmquellen der Brandenburger Kommunen im landesplanerischen Flughafenumgriff dar. Grundlagen für die Gesamtlärbetrachtung ist die wirkungsbezogene Gesamtlärmermittlung nach VDI 3722, einschließlich der Ermittlung der Belastungs- und Wirkungsbeziehungen für hochgradige Belästigung. In der vom MUGV erstellten Darstellung der Gesamtlärmbelastung wird die unterschiedliche Höhe der auf die Anwohner einwirkenden Verkehrslärmbelastungen aufgezeigt. Zudem ist Klarheit über Konfliktgebiete zu erhalten. Bisher gibt es nur Lärmkarten von jeder einzelnen Verkehrslärmquelle. Nach Veröffentlichung der Karten des MUGV sind dann alle Lärmquellen auf einer Karte dargestellt.

Die Gesamtlärmkartierung im Flughafenumfeld BER auf Brandenburger Seite durch das MUGV wurde in der AG 2 ausdrücklich begrüßt. Damit wird eine Grundlage geschaffen, die den Lärm insgesamt erfasst und nicht mehr nur jede Lärmquelle einzeln betrachtet. Anhand des Kartenmaterials wird klar erkennbar, welche Gebiete von welchen Verkehrsträgern und in welcher Höhe belastet werden.

Offen ist aber die Gesamtlärmkartierung auf Berliner Seite. Da ist der Berliner Senat in der Pflicht auch für die Bewohner der mit Fluglärm belasteten Gebiete in Berlin (Bohnsdorf) entsprechende Gesamtlärbetrachtungen vorzunehmen. Das MUGV berichtete, dass mit der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt auf Fachebene Übereinstimmung darin besteht, dass hierzu in Berlin und Brandenburg gleiche Berechnungsgrundlagen angewendet werden müssen. Bisher hat der Berliner Senat aber nur eine Gesamtlärbetrachtung auf Grundlage einer energetischen Addition der Pegel (nicht nach VDI 3722) vorgenommen. Der betroffene Bezirk Treptow-Köpenick ist also noch nicht in der Gesamtlärmkartierung des Flughafenumfeldes enthalten. Der Fluglärm endet nicht an den Berliner Stadtgrenzen. Die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt muss auf oberster Ebene angesprochen werden (Senator / Staatssekretär), um das Thema voranzubringen.

4. Unterstützung der AG 2 bei Projekten des „baulich-gestalterischen Schallschutzes“

Die AG 2 entsendet zwei kommunale Vertreter in die Steuerungsrunde, die die 6. und letzte Veranstaltung des städtebaulich-planerischen Dialogs im Dezember 2014 zum Thema „Baulich-gestalterischer Schallschutz“ mit der Agentur JMP vorbereitet. Die zwei Mitglieder der AG 2 sollen die enge Zusammenarbeit bei diesem Lärmschutzthema mit der AG 2 gewährleisten und auch im nächsten Jahr intensiv bei den dann (hoffentlich) folgenden Projekten, die zu planen und umzusetzen sind, unterstützen.

Dr. Herbert Burmeister
Leiter der AG 2



12. Dialogforum Airport Berlin Brandenburg am 8. Dezember 2014

AG 2

Beschlussvorschläge:

„Das Dialogforum Airport Berlin Brandenburg unterstützt die Arbeit der AG 2 zur Etablierung einer „Schlichtungsstelle“. Die Gesellschafter des Flughafens haben sich grundsätzlich bereit erklärt, bei der Klärung der Finanzierung der Schlichtungsstelle durch den Flughafen mitzuwirken. Die noch offenen Fragen der Schlichtung, die zu benennenden Schlichter und inwieweit die Antragsteller an den Kosten der Schlichtung beteiligt werden, sind noch zu klären.“

„Das Dialogforum Airport Berlin Brandenburg bittet die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt des Landes Berlin darauf hinzuwirken, dass die vom MUGV des Landes Brandenburg erstellte Gesamtlärbetrachtung des Flughafenumfeldes BER auf Brandenburger Seite auch auf die betroffenen Gebiete des Landes Berlin ausgedehnt wird.“



12. Dialogforum Airport Berlin Brandenburg am 8. Dezember 2014

Tagesordnungspunkt 7

Bericht der AG 3 „Kommunale und interkommunale Entwicklung“

1. Bürgerberatungszentrum im Haus Dialog-Forum

Das Dialogforum hat in seiner Sitzung am 12. November 2012 mit einem Beschluss bestätigt, dass das von der AG 3 vorgelegte Konzept, das Flughafenberatungszentrum (FBZ) des Landkreises Teltow-Fläming zu einem Kompetenzzentrum für das gesamte Flughafenumfeld zu entwickeln, umgesetzt werden soll. In dem Bürgerberatungszentrum (BBZ) soll für alle Anrainer des Flughafens ein Anlaufpunkt für die verschiedenen Fragestellungen rund um die Themen Schallschutz, Erhaltung der Lebensqualität im Flughafenumfeld, Dialog und kommunale Entwicklung aufgebaut werden.

Mit diesem Arbeitsauftrag hat sich die AG 3 und eine Unterarbeitsgruppe, die speziell für diese Thematik gegründet wurde, in den vergangenen zwei Jahren sehr intensiv befasst. Nachdem sich alle Beteiligten in einem ersten Schritt dazu verständigt hatten, dass sich die ehemalige „Airportworld“ in Schönefeld als zentral und verkehrsgünstig gelegen für das Vorhaben gut eignet, konnte im Rahmen der Sitzung des Dialogforums im vergangenen Jahr das Gebäude als Sitz des Dialogforums und des künftigen Bürgerberatungszentrums (BBZ) eingeweiht werden.

Nunmehr kann berichtet werden, dass das FBZ im Juni diesen Jahres von Mahlow nach Schönefeld ins BBZ umgezogen ist, so dass jetzt der Ombudsmann und der Flughafenbeauftragte des Landkreises Dahme-Spreewald, die Schallschutzberaterin des Landkreises Teltow-Fläming sowie der Fluglärmschutzbeauftragte mit seinem Mitarbeiter unter einem Dach residieren. Damit ist ein wichtiges Etappenziel der Zusammenlegung erreicht.

Nachdem im Juni die FBB begonnen hat, die neuen Anspruchsermittlungen an die Anwohner der Südbahn des Flughafens BER zu verschicken, hat der Beratungsbedarf der Betroffenen stark zugenommen. Da die Befürchtung bestand, dass dieser nicht zeitnah abgedeckt werden kann, hat das BBZ Ende August den Flughafenkoordinator des Landes Brandenburg, Herrn Staatssekretär Bretschneider, zu einem Gespräch nach Schönefeld eingeladen. In diesem wurde die aktuelle Situation vermittelt und um finanzielle Unterstützung des Landes Brandenburg für die anstehende Beratungs- und Gutachtertätigkeit gebeten. In Folge des Gesprächs hat das Land Brandenburg einen Fördermittelbescheid für den Zeitraum Oktober bis Ende 2014 ausgereicht, der es ermöglicht hat, eine weitere Schallschutzberaterin im BBZ zu finanzieren. Die neue Kollegin hat zum 1. Oktober ihre Tätigkeit im BBZ aufgenommen und wird derzeit durch das „Schallschutzteam“ eingearbeitet.

Auch die konkreten gutachterlichen Überprüfungen und schalltechnischen Beratungen zu den durch die FBB ausgereichten Anspruchsermittlungen werden weiterhin durch das Berliner Ingenieurbüro Advacoustics (Dr. Volz und Dr. Jakob) im BBZ angeboten und können durch die vom Land bereitgestellten Fördermittel finanziell abgedeckt werden. Das Bezirksamt Treptow-Köpenick hat über Herrn Bezirksstadtrat Hölmer angekündigt, dass die vom Stadtbezirk finanzierten Beratungen durch dieses Büro künftig nicht mehr im Bürgeramt des Bezirks, sondern auch im BBZ durchgeführt werden. Damit bündeln sich alle von der öffentlichen Hand angebotenen Schallschutzberatungsleistungen im BBZ.



12. Dialogforum Airport Berlin Brandenburg am 8. Dezember 2014

Für die Jahre 2015 und 2016 hat das Land Brandenburg eine 100% Förderung von jeweils 300.000 € zur beratenden Begleitung der Umsetzung des Schallschutzprogrammes durch das BBZ in Aussicht gestellt. Der entsprechende Fördermittelantrag wurde beim Landesamt für Bauen und Verkehr gestellt. Bei Bewilligung desselben wird es möglich sein, neben der allgemeinen Schallschutzberatung, die in vielen Fällen eine Hilfe zur Selbsthilfe darstellt, auch weiterhin konkrete gutachterliche Überprüfungen zu finanzieren (schallschutztechnische Überprüfungen der Anspruchsermittlungen und Überprüfungen der schallschutztechnischen Grundstückswertermittlungen der Firma Sprengnetter).

Ab Mitte November werden auch Ingenieurbüros im Auftrag der FBB im BBZ Anwohner beraten, die ihre Entschädigungszahlungen (Kappungsgrenze 30 %) in Lärmschutz investieren möchten.

2. Trägerschaft des Bürgerberatungszentrums

Zur Rechtsträgerschaft des BBZ wird berichtet, dass die nach einem Vergabeverfahren noch 2013 in Auftrag gegebene und vom Dialogforum finanzierte Rechtsexpertise bislang kein zufriedenstellendes Ergebnis gebracht hat. Eine juristische Selbstständigkeit des BBZ ist derzeit nicht abzusehen, sollte aber als langfristiges Ziel weiter verfolgt werden. Dabei wird die dauerhafte Finanzierung der angebotenen Leistungen ein zentrales Thema sein. Mit dem Anwaltsbüro wurde schriftlich vereinbart, dass die vorgelegte Expertise überarbeitet wird, wenn mehr Klarheit über das politisch gewollte Ziel seitens der Mitglieder des Dialogforums besteht.

Deshalb bleibt es vorerst bei der bestehenden Bürogemeinschaft im BBZ, wonach alle dort tätigen Mitarbeiter ihren jeweiligen Dienstherrn behalten und von diesem auch finanziert werden. Nach außen sollte jedoch ein einheitliches Zentrum präsentiert werden (z. B. durch eine gemeinsame Internetpräsenz etc.).

3. Aufbau einer Internetrepräsentanz der Flughafenregion unter dem Dach des Dialogforums mit Hilfe einer kartenbasierten Anwendung (Geoportal, mittelfristiges Vorhaben)

Großen Diskussionsraum nahm im vergangenen Jahr in den Sitzungen der AG 3 das Thema eines gemeinsamen Internetportals der Flughafenregion ein. Ziel eines solchen Portals ist die gemeinsame, identitätsstiftende Präsentation aller Brandenburger Gemeinden und Berliner Bezirke im Flughafenumfeld BER allgemein und in verabredeten Themenfeldern. Diese Internetrepräsentanz ermöglicht erstmalig eine komfortable gemeinsame Darstellung der Flughafenregion auf einheitlicher/gemeinsamer statistischer Basis und somit die Vergleichbarkeit aller Gebietskörperschaften in der Flughafenregion. Damit können Kommunen und Bezirke als Mitglieder des Dialogforums ihre regionale Präsenz nach innen und außen stärken und durch ihre Vernetzung einen Beitrag zum angestrebten gemeinsamen Marketing, das zu einem „Wir-Gefühl“ der ganzen Flughafenregion führen soll, leisten.

Avisierte Nutzergruppen sind sowohl die allgemeine Öffentlichkeit (Bürger) als auch Investoren und Planungsbüros. Um Erfahrungen im Aufbau einer solchen Internetpräsenz und in der dazu erforderlichen Zusammenarbeit der Gemeinden/Bezirke zu nutzen und künftig zu sammeln, wird ein schrittweises Vorgehen vorgeschlagen.

Pilothaft soll in einem ersten Schritt ein Überblick über die Flughafenregion „Eine Region stellt sich vor“ (Arbeitstitel) mit gemeindlichen Steckbriefen und ausführlicher das Thema „Wohnen im



12. Dialogforum Airport Berlin Brandenburg am 8. Dezember 2014

Flughafenumfeld“ (Arbeitstitel) realisiert werden. Dabei geht es jeweils um themenbezogene Bereitstellung von Daten und Karten.

4. Projekte und Kommunikation zum baulich-gestalterischen Schallschutz

Ab 2015 soll das Angebot des BBZ erweitert werden. Ziel ist es, die Akzeptanz des BER in der Region zu stärken, indem Vorteile herausgestellt und Wege aufgezeigt werden, wie Belastungen und Beeinträchtigungen gemildert werden können. Neben der individuellen, schallschutzbezogenen, technischen Bürgerberatung sollen Dialog und Kommunikation zwischen Verursachern und Betroffenen, Befürwortern und Gegnern auf breiter Ebene organisiert und gesteuert werden.

Detlef Gärtner
Leiter der AG 3



12. Dialogforum Airport Berlin Brandenburg am 8. Dezember 2014

AG 3

Beschlussvorschläge:

„Das Dialogforum Airport Berlin Brandenburg befürwortet die Einrichtung eines gemeinsamen Internetauftritts für die gesamte Flughafenregion unter Einbindung einer kartenbasierten Anwendung, um die Vernetzung der Region untereinander und die Präsenz nach außen weiter zu stärken. Die AG 3 wird beauftragt, dieses Pilotprojekt zu entwickeln und eine Auftragsvergabe vorzubereiten.“

„Das Dialogforum Airport Berlin Brandenburg befürwortet, dass das Angebot des Bürgerberatungszentrums (BBZ) ab 2015 erweitert wird. Ziel ist es, die Akzeptanz des BER in der Region zu stärken, indem Vorteile herausgestellt und Wege aufgezeigt werden, wie Belastungen und Beeinträchtigungen gemildert werden können. Neben der individuellen, schallschutzbezogenen, technischen Bürgerberatung sollen auch Projekte zur Förderung von Dialog und Kommunikation zwischen Verursachern und Betroffenen und Gegnern auf breiter Ebene entwickelt werden. Hierfür sollen, wenn möglich, neben Fördermitteln des Landes Brandenburg (MIL) auch Mittel des Dialogforums und kommunale Eigenanteile eingesetzt werden.“



12. Dialogforum Airport Berlin Brandenburg am 8. Dezember 2014

Tagesordnungspunkt 8

Sonstiges

Beschlussvorschlag:

„Die Mitglieder des Dialogforums Airport Berlin Brandenburg stimmen zu, die Geschäftsordnung des Dialogforums unter § 6 mit einem neuen Absatz (6) zu erweitern.“

Der einzufügende Absatz in die Geschäftsordnung unter § 6, Abs. (6) lautet:

„Der Arbeitsausschuss etabliert aus seiner Mitte eine Steuerungsgruppe, die vom Vorsitzenden des Dialogforums geleitet wird. Diese Steuerungsgruppe besteht aus den Leitern und Stellvertretern der drei Arbeitsgruppen, den Vertretern aus der Staatskanzlei Brandenburg, der Senatskanzlei Berlin, dem Abteilungsleiter und stellvertretenden Abteilungsleiter der Gemeinsamen Landesplanungsabteilung, einem Vertreter der FBB (falls nicht bereits in anderer Position vertreten) und der Geschäftsstelle des Dialogforums. Diese Steuerungsgruppe soll im Auftrag des Arbeitsausschusses, die Vor- und Nachbereitung der Sitzungen des Arbeitsausschusses und des Dialogforums, Klärung von Sachverhalten sowie über die Budgetverteilung im Auftrag des Arbeitsausschusses des Dialogforums entscheiden können.“